

Togo: Sexstreik, bis der Präsident geht

ADDIS ABEBA/LOMÉ. Afrikanischer Liebesstreik nach antikem Vorbild: Frauen in Togo wollen durch einen Sex-Boycott politisch etwas in ihrem Land bewegen – ähnlich wie in Aristophanes' Komödie »Lysistrata« die Griechinnen durch sexuelle Verweigerung ihre Männer erfolgreich zum Frieden gezwungen hatten. Die Togolesinnen wollen ihre Männer hingegen dazu bringen, sich für den Rücktritt von Präsident Faure Gnassingbé einzusetzen.

Ein Zusammenschluss von 16 Zivilgesellschaftsgruppen, die sich unter dem Motto »Let's Save Togo« (Lasst uns Togo retten) vereint haben, hat zu dem Bett-Ausstand aufgerufen. Die Frauen in dem westafrikanischen Land sollen seit gestern an eine Woche lang nicht mehr ihren ehelichen Pflichten nachkommen. Der Protest richtet sich vor allem gegen eine Wahlrechtsreform, die es Gnassingbés Partei leichter machen soll, bei Wahlen im Oktober Parlamentssitze zu gewinnen. Der 46-Jährige ist seit 2005 an der Macht. *dpa*



DER LETZTE SIRTAKI

Mutter für die Nation

Ann Romney: Die 63-Jährige soll die menschliche Seite des republikanischen US-Präsidentenskandidaten betonen

WASHINGTON. Ann Romney (Foto: dpa) wirkt auf den ersten Blick wie ein Postergirl für das traditionelle Familienbild der US-Republikaner. Die Gattin von Mitt Romney, der zum Herausforderer von Präsident Barack Obama gekürt werden soll, gibt sich als Hausfrau und Mutter aus Überzeugung. Während ihr Mann Karriere machte, kümmerte sie sich daheim um die fünf Söhne. Ihre Rolle im Wahlkampf ist aber hochpolitisch: Sie muss die menschliche Seite des hölzernen wirkenden Ex-Gouverneurs herauskehren. Zum Auftakt des Republikaner-Parteitags in Tampa soll sie eine Rede halten.

Die Geschichte von Ann und Mitt könnte ein Poesie-Album zieren. Sie kennen sich bereits seit der Grundschule, später gingen sie im wohlhabenden Detroit Vorort Bloomfield Hills auf getrennte Schulen für Jungen und Mädchen. Zu dieser Zeit verliebte sich der zwei Jahre ältere Mitt dann in Ann Davies, eine Tochter aus gutem Hause, deren Vater ein Industrieunternehmen führte und Bürgermeister von Bloomfield Hills war.

Hartnäckig warb der Teenager Mitt um seine künftige Frau. Als er sein Studium an der Uni Stanford in Kalifornien begann und dort argwöhnisch das Entstehen der Hippie-Be-



»Glaubt mir, es war harte Arbeit.«

Ann Romney über ihr Familienleben

wegung miterlebte, musste Ann noch die High School in Michigan beenden. So oft es ging, flog er in die Heimat zurück. Während Mitt dann zweieinhalb Jahre als Missionar in Frankreich lebte, hielten sie über Briefe Kontakt. In dieser Zeit trat Ann zum mormonischen Glauben über, begleitet von Familie Romney. Nach Mitts Rückkehr in die USA heiratete das

Paar, kurz vor ihrem 20. Geburtstag im Frühjahr 1969.

Die Rollen im Hause Romney waren von Anfang an klar verteilt. Als ihr Mann an die Eliteuni Harvard an der Ostküste wechselte, ging Ann mit und unterbrach ihr Studium an der Mormonen-Universität Brigham Young University in Utah. Erst später holte sie den Bachelor-Abschluss nach.

Während Mitt die Investmentfirma Bain Capital aufbaute und später nach politischer Verantwortung strebte, erzog Ann die zwischen 1970 und 1981 geborenen Söhne Tagg, Matt, Josh, Ben und Craig. Mittlerweile ist die 63-Jährige 18-fache Oma. »Meine Karriereentscheidung war, eine Mutter zu sein«, sagte sie dem TV-Sender Fox News. »Ich denke, alle von uns sollten wissen, dass wir die Entscheidungen respektieren müssen, die Frauen treffen.«

Aus dem Lager der Demokraten musste sich Ann Romney dennoch den Vorwurf anhören, sie habe das gediegene Leben einer Multimillionärs-gattin geführt und nie wirklich arbeiten müssen. Dabei schwang auch ein Vergleich mit der First Lady Michelle Obama mit, die es aus einfachen Verhältnissen bis nach Harvard geschafft und in einer Top-Kanzlei in Chicago als Anwältin gearbeitet hatte.

Ann Romney hielt über den Online-Kurznachrichtendienst Twitter dagegen. »Glaubt mir, es war harte Arbeit«, schrieb sie über den Alltag mit fünf Söhnen. Mitt Romney spricht voller Hochachtung über seine Frau. In einer Biografie steht, dass der Finanzinvestor sie gerne in seinem Business-Jargon als Chief Family Officer bezeichnet, zu Deutsch: oberste Familienmanagerin.

Der Republikaner beschreibt seine Frau als »echten Champion und eine Kämpferin«. Ann erkrankte Ende der 90er Jahre an Multipler Sklerose, bekam die Krankheit aber in den Griff. Vor drei Jahren stellten Ärzte bei ihr Brustkrebs im Frühstadium fest. In Interviews erklärte sie, sich als First Lady besonders der Suche nach Heilmethoden für beide Krankheiten widmen zu wollen. Obwohl sie die meiste Zeit zu Hause geblieben ist, macht Ann Romney im Scheinwerferlicht eine souveräne Figur. Während ihrem Mann nachgesagt wird, er wirke oft wie ein Politikroboter, strahlt sie sympathische Natürlichkeit aus. Die Politikwebsite »Politico« schrieb, Ann Romney biete den Wählern ein »Fenster in den Charakter ihres Mannes«. Sie sei der lebende Beweis dafür, dass es auch einen menschlichen Mitt gibt, einen Ehemann und Vater. *Gregor Waschinski (AFP)*

Anwältin in Istanbuls »Dorf des Richters«

Ulya Selcuk: Experte für deutsche Investitionen und türkische Frauenrechte – Am Europa-Institut in Saarbrücken studiert

Von Heinz Gstrein

In Kadıköy, dem »Dorf des Richters« im asiatischen Teil von Istanbul, liegt an der »Bagdad Hauptstraße« 179 im zweiten Stock ein Stück türkisches Deutschland: Die Anwaltskanzlei von Frau Ulya Selcuk. Sie ist für die meisten Deutschsprachigen und -kündigen am Bosphorus ein Begriff. Zudem ist sie eine moderne Türkin, die aber auch die Traditionen ihrer Heimat hoch schätzt.

Sie zitiert den türkischen Mystiker Rumi: »Nur wer seine Vergangenheit kennt, kann stark in die Zukunft treten, nur wer weiß, woher er kommt, kann unbeirrt seinem Weg folgen!«.

Teilzeitjob am Goethe-Institut

Schon daheim in Izmir hatte sie sich für die Deutsch-Abteilung eines Privatgymnasiums entschieden. Als Jurastudentin lernte sie dank eines Teilzeitjobs am Goethe-Institut ihrer Heimatstadt die deutsche Literatur und Kultur weiter kennen. Die Krönung ihres junges Leben war es, als Rotary International sie mit einem Sonderstipendium zum Studium an das Europa-Institut der Universität des Saarlandes schickte.

Ihren Magister erwarb sie mit einer Thesis über die Haltung des EU-Wettbewerbsrechtes zu staatlichen Subventionen. 2001 gründete sie mit ih-

rem Bruder Ferudun Baha in Istanbul die Anwaltskanzlei »Selcuk & Selcuk«. Diese ist auf Rechtsberatung und andere Anwaltsleistungen für deutsche und sonstige ausländische Kapitalinvestoren in der Türkei spezialisiert.

Frau Ulya sieht sich in ihrer Vermittlerrolle nicht als Ausnahme: »Ich fühle mich als Pionierin einer unaufhaltsamen Globalisierung der Türkei. Aber vergessen wir nicht: Privatschulen mit einer ausländischen Sprach- und Kulturtradition gibt es bei uns schon seit 150 Jahren. Ich bin auch ein Produkt dieser Tradition.«

Besonders schätzt die Anwältin ihre Mitarbeit bei der deutschsprachigen Monatszeitschrift »Istanbul Post«: »Ihr Herausgeber Dr. Hibbeler ist der beste Zeitzeuge für den Aufschwung, den sowohl deutsche Investitionen wie auch die Niederlassung von Deutschen in der Türkei speziell seit der letzten Jahrtausendende nehmen. Das ist genau die Zeit, in der ich meine Erfahrungen mit Klientinnen und Klienten aus Deutschland gewinnen konnte. So übernahm ich vor drei Jahren gern in der »Post« eine Spalte über die neuesten Entwicklungen der türkischen Gesetzgebung. So erhalten alle Leserinnen und Leser denselben Dienst, den wir sonst nur unseren Kundinnen und Kunden auf Deutsch und Englisch zusenden.«

Auf die türkischen »Deutschländer« in der Bundesrepublik angesprochen, freut sich Ulya Selcuk, dass das längst keine überwiegende Gastarbeiterzone mehr ist: »Ich betrachte es als besonders positiv, wie viele erfolgreiche Wirtschaftstreibende, Künstler und Politiker türkischer Herkunft es bei Ihnen schon gibt. Sie sind es, die wahre Integrationswunder in und für Deutschland bewirken.«

Auf die Frage, ob sie sich vor einer Re-Islamisierung ihrer Heimat fürchtet, antwortet die moderne, selbstbewusste und beruflich erfolgreiche Türkin: »Was wir in den letzten zehn Jahren beobachten und intensiv erleben, möchte ich als einen Selbstfindungs- und Neubestimmungsprozess der türkischen Gesellschaft interpretieren. Sie besteht überwiegend aus Muslimas und Muslimen, das ist wahr. Die bringen lang und fest verankerte Ansichten mit. Noch wichtiger sind aber die demokratische Änderung der politischen Strukturen, der wirtschaftliche Aufschwung und eine moderne Lebenskultur.«

Atatürk und das Frauenwahlrecht

Für Frauenrechte und vor allem für ihre praktische Durchsetzung wird in der Türkei nach wie vor gekämpft. Dabei hat Kemal Atatürk, der Vater der modernen Türkei, den Frauen schon 1930 das Wahlrecht gewährt, lange vor den Französisinnen und vor allem den Schweizerinnen. Doch von anhalten-



Die Anwältin Ulya Selcuk. Foto: Blyfotograf

der Gewalt gegen türkische Frauen und Mädchen weiß die Anwältin ein Lied zu singen: »Dieses Jahr wurde ein Gesetz verabschiedet, das jeden Staatsanwalt, jeden Polizisten verpflichtet, Frauen – ob verheiratet oder nicht – vor ihren Ehemännern, Ex-Gatten und sonstigen Verwandten wirksam zu schützen. Das bietet auch uns Anwältinnen und Anwälten die Handhabe, immer mehr positive Frauenurteile zu erwirken.«

Parallel bezeichnet es Ulya Selcuk als ebenso wichtig, dass Türkinnen mit schmalen Einkommen durch Mikrofinanzprogramme eine selbstständige Arbeit ermöglicht wird.

Den Rotariern eng verbunden

Seit dem Studium in an der Uni in Saarbrücken fühlt sich Ulya Selcuk neben Deutschland den Rotariern eng verbunden. Derzeit ist sie Präsidentin im Rotary Club von Kurucesme am Bosphorus. In dieser Eigenschaft veranstaltet sie an den 80 Handelskammern der Türkei Seminare über Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Das alles unter dem Motto: »Durch Wohltat zum Gewinn.«

Kommentar

Es brennt an allen Ecken

Rudi Wais zum Zustand der Koalition



Es brennt an allen Ecken. Der Generalsekretär der CSU will die Griechen lieber heute als morgen aus dem Euro werfen, die FDP will das Elterngeld kürzen und die SPD die Reduzierung der Rentenbeiträge im Bundesrat stoppen. Ein Jahr vor der Wahl muss Angela Merkel sich vornehmen wie Klaus Wowereit am neuen Berliner Flughafen: Auf einer riesigen, kaum noch zu überschaubaren Baustelle, auf der jeder macht, was er will.

Um den Korpsgeist der vermeintlichen Wunschkoalition aus Union und FDP war es vom ersten Tag an nicht allzu gut bestellt. Mittlerweile allerdings haben ihn vor allem die beiden kleineren Partner komplett aufgekündigt. Die Liberalen kämpfen um ihre Existenz und versuchen in Konflikten wie dem um die Vorratsdatenspeicherung nun mit

genau der Prinzipienfestigkeit zu punkten, die ihnen bei der umstrittenen Einführung des Steuerabzuges für die Hotellerie gefehlt hat. Die CSU hat, die nächste Landtagswahl schon vor Augen, kein Interesse an einem geräuschlosen Funktionieren der Koalition in Berlin. Die Währung, in der Horst Seehofer und Alexander Dobrindt am liebsten rechnen, heißt Aufmerksamkeit – koste sie, was es wolle.

Das letzte Jahr einer Legislaturperiode ist erfahrungsgemäß fast immer das ineffizienteste. So früh und so ungeniert allerdings hat schon lange keine Koalition mehr in den Wahlkampfmodus geschaltet. Auch deshalb muss Angela Merkel nun etwas straffer führen. Wenn ihre Baustelle nicht auch bald im Chaos versinken soll, muss aus ihrer Politik der ruhigen Hand eine Politik der ordnenden Hand werden.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@main-echo.de

Kontrolle ist besser

Georg Spranger zu Maßnahmen in Sachen Organspende



Weil die Verteilung von Spenderorganen allein auf der Basis von Vertrauen missbrauchsanfällig ist, haben Regierung und Bundestag das Transplantationsgesetz erst vor kurzem reformiert. Doch die Erwartungen wurden enttäuscht. Die Vorfälle an zwei Kliniken haben schon wieder Lücken im System erkennen lassen, die sich vor allem kaum ein Spender hat vorstellen können. Entsprechend ist die Spendebereitschaft gesunken. Nun sollen die Kontrollen verschärft werden. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr sammelt dazu in einer Serie von Konferenzen den Sachverstand aller Beteiligten. Die Frage ist, wie er ihn letztlich bündelt.

Schon jetzt zeigt sich, dass es für die Details der Kontrollen viele unterschiedliche Vorstellungen gibt; von der Frage, wie weit oder überhaupt der Staat eingebunden werden soll, einmal ganz abgesehen. Sie spiegeln unterschiedliche Interessen wider und entsprechen damit den Wortmeldungen in der

bisherigen Diskussion, wonach sich eigentlich keiner der Akteure die Fehlentwicklungen im System erklären kann. Irgendwie müssen es immer die anderen gewesen sein.

Kontrollen allein werden an dieser Einstellung und damit auch an der Praxis nichts ändern. Sie müssen so rigoros und so engmaschig sein, begleitet von spürbaren Sanktionen, dass sich ein Fehlverhalten für niemand mehr lohnt. Wenn ausgerechnet der Patientenbeauftragte der Regierung mit »Ethik statt Monetik« gegen neue Aufsichtsgremien plädiert, missachtet er jedenfalls die nicht nur in Regensburg und Göttingen bestätigte Erfahrung, dass Geld immer die Moral bedroht.

Nun kann keine noch so perfekte Kontrolle einen Missbrauch absolut verhindern. Aber es geht ja auch nicht um Einzelfälle, sondern darum, ein aus den Fugen geratenes gesamtes System zu immunisieren. Nur wenn das überzeugend gelingt, werden die Organspende-Appelle das Echo bei den Bürgern finden, auf das so viele schwer Kranke hoffen.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@main-echo.de

Auf Kosten der Steuerzahler

Jens P. Dorner zu Hilfen für Lukaschenko



Für Demonstranten spielt es keine Rolle, ob ein deutsches oder anderes Fabrikat ihnen Schmerzen bereitet. Insofern ist die Debatte um angeblich von Deutschland an Weißrussland gelieferte Schlagstöcke keine Aufregung wert. Oder doch?

Immerhin stützt sich das Regime von Alexander Lukaschenko auf eine gewalttätige Polizei. Sie erhielt, wie jetzt herauskam, durch deutsche Amtskollegen nicht nur fünf Weiterbildungsseminare. Auch für wenigstens eine Hundertschaft die Ausrüstung bei Anti-Protesteinsätzen sowie Computer- und Videotechnik wurden geliefert. Sogar nach der jüngsten Verhaftungswelle in Minsk waren deutsche Ordnungshüter dienlich, räumt das Innenministerium in Berlin mittlerweile ein.

Und redet von EU-Absprachen wegen vorübergehenden Anzeichen für mehr Rechtsstaatlichkeit unter Lukaschenko. Dass es sich um eine Finte handeln könnte, fiel den Entwicklungshelfern wohl gar nicht erst ein.

Für sie war das Projekt Weißrussland ohnehin minimal. Mit Russland und China zum Beispiel – ebenfalls Heimat brutaler Milizen – laufen viel größere Hilfsprogramme. Auch werden im Bundespräsidialamt des Verteidigungsministeriums schon traditionell Offiziere aus zahllosen Diktaturen auf Kosten deutscher Steuerzahler teuer betreut.

Das Mindeste, was der Fall Weißrussland deshalb verlangt, ist eine Wende zur vorbeugenden Information. Immerhin handelt es sich bei Bundesbehörden nicht um Firmen, die aus reinem Profitstreben rund um den Globus wie selbstverständlich Autokraten beliefern.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@main-echo.de

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei: Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Postfach 10 07 48, 63705 Aschaffenburg, Telefon 0 60 21 / 39 60, Telefax 0 60 21 / 39 64 99, www.main-netz.de

Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Reinhard Golembiewski;

Chefredaktion: Claus Morhart, Martin Schwarzkopf (stv., Chef vom Dienst); **Regionalredaktion:** Gabriele Fleckenstein (leitende Redakteure: Peter Freudenberger, Thomas Jungewelter, Barbara Löffel); **Politik und Wirtschaft:** Renate Englert (leitende Redakteure: Martin Flenner, Manfred Petz); **Kultur:** Stefan Reis (Jürgen Overhoff, stv.); **Sport:** Günter Ruppel;

Verlagsleiter: Marco Eisert; verantwortlich für Anzeigen: Werner Naumann (sämtlich in Aschaffenburg, Weichertstraße 20). Für den Verkauf von Anzeigen gilt zurzeit die Preisliste Nr. 58 vom 1. 1. 2012.

Bezugspreis bei Trägerzustellung 26,70 Euro, bei Postzustellung 29,50 Euro (jeweils einschl. Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (u. a. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abbestellungen nur schriftlich mit Unterschrift an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalschluss.

Für die Übernahme von Artikeln in elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 0 30 / 28 49 30.